

„Ich werde weiter für meine Rechte eintreten“

Dem Stuttgarter Postbeamten Hans Peter (51 Jahre), gegen den wegen Kandidaturen zu öffentlichen Wahlen und Mitgliedschaft in der DKP seit vier Jahren ein Berufsverbotsverfahren läuft, wurde Ende Juli vom Bundespostministerium ein „Angebot“ unterbreitet. Danach sollte er nach über 30 Dienstjahren bei der Post „auf eigenen Antrag hin“ aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden und einen Angestelltenvertrag unterschreiben.

Erklärung von Hans Peter:

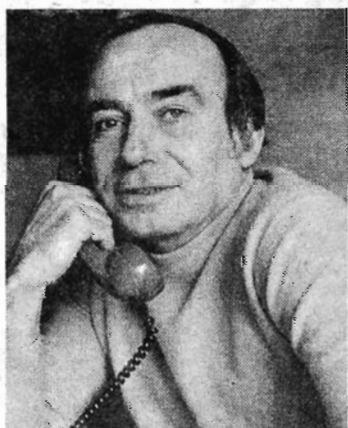
Minister Hauff hat im April 1981 sechs Beamten bei der Bundesbahn den Abschluß von Anstellungsverträgen angeboten, um die gegen sie laufenden Disziplinarverfahren einzustellen. Damit verbunden war die Zusicherung des beruflichen Fortkommens, der sozialen Sicherheit und des Verbleibens auf dem bisherigen Arbeitsplatz. Die betroffenen Beamten mußten hauptsächlich aus persönlichen sozialen Gründen das Angebot annehmen. Diese Beamte sind weiterhin diskriminiert und haben weiterhin Berufsverbot.

Minister Gscheidle wollte diesen Weg nicht gehen. Er hat sein Vorhaben „Wer Kommunist ist, fliegt raus!“ nicht aufgegeben. Erst unter politischem Druck wurde mir am 30.7. 1981 nach mehrmonatigen Verzögerungen mündlich das Angebot unterbreitet, auf eigenen Antrag hin aus dem Beamtenverhältnis auszuscheiden und einen Angestelltenvertrag zu unterschreiben. Meine sofortige Entscheidung wurde gefordert. Ich habe mich nunmehr entschieden:

In Anbetracht dessen, daß mit dem Angebot eine politische und soziale Deklassierung, eine gesetz- und verfassungswidrige Diskriminierung verbunden ist, daß eine neue Art von Berufsverbot verhängt wird, daß ich nicht der Vorreiter sein will für eine Politik, die gegen alle demokratischen Kräfte, gegen alle Beamte und gegen die Rechte der Gewerkschaften eingesetzt wird, daß ich nicht dazu beitragen will, ein neues Disziplinierungsinstrument zu schaffen,

lehne ich dieses Angebot ab.

Ich lasse mich nicht erpressen und die mir vom Grundgesetz verbrieften Rechte wegnehmen. Mein Bemühen, meinen Arbeitsplatz zu erhalten, sollte dazu ausgenutzt werden, alle Kollegen einzuschüchtern. Nicht von ungefähr hat Bundesdisziplinaranwalt Claussen versucht, gegen Beamte Disziplinarmaßnahmen einzuleiten, die beim Schichtdienststreik der Deut-



Der Stuttgarter Postbeamte Hans Peter: „In einer Zeit, in der in Frankreich ein Kommunist Verkehrsminister ist, erhielt ich nicht einmal die Garantie, die Minister Hauff den Bundesbahnbeamten gegeben hat.“

Foto: Truckenmüller

schen Postgewerkschaft nicht Streikbrecher sein wollten.

Das Verhalten von Minister Gscheidle ist unredlich, gesetz- und verfassungswidrig. In einer Zeit, in der in Frankreich ein Kommunist Verkehrsminister ist, erhielt ich nicht einmal die Garantie, die Minister Hauff den Bundesbahnbeamten gegeben hat. Ich hätte einen Einkommensverlust von monatlich 200 DM hinnehmen müssen, eine berufsferne Tätigkeit ausüben müssen, hätte keinerlei berufliches Fortkommen mehr gehabt, keine Zusicherung für meine weitere berufliche Sicherheit, keine Garantie, daß ich meine Weltanschauung und meine Tätigkeit für die DKP, eine Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Grundgesetzes wirkt, nicht aufgeben soll. Das darf kein Grund für ein erneutes Entlassungsverfahren gegen mich sein.

Ich werde weiter wie bisher für meine politischen und sozialen Rechte eintreten und bin überzeugt, daß wie bisher alle vom Berufsverbot betroffenen und bedrohten Beamten, Angestellten und Arbeiter die aktive Solidarität aller Demokraten erfahren werden.